

Diese Wochenschrift
erscheint wöchentlich Mittwochs Vormittag
in einem Bogen in der Buchdruckerei der
Gebr. Scharf für den vierteljährl. Pränu-
merationspreis von 7 Sgr. 6 Pf.



Ämtliche und Privat-Anzeigen
für den Boten werden gegen 1 Sgr. für
die breitgedruckte Zeile in gewöhnlicher
Schrift bis spätestens Dienstag früh 7 Uhr
erbeten.

Der Sächsischer Bote.

Eine unterhaltende und belehrende Wochenschrift
für Stadt und Land.

N^o. 16.

Mittwoch, den 17. April

1850.

Zeitereignisse.

In dem Ministerrath, welcher am 30. in Charlottenburg stattgefunden und an welchem Gen. v. Radowiz Theil genommen hat, soll für den Fall, daß die Enbloc-Annahme unter den bekannten Bedingungen in den Ausschüssen nicht durchginge, die folgende Ansicht zur Geltung gekommen sein. Die Verfassungsausschüsse machen den beiden Häusern eine revidirte Vorlage, über welche S. für S. der Reichstag abstimmt und nur bei den Kardinalpunkten Diskussionen zuläßt. Die so revidirte und votirte Verfassung legt der Reichstag den verbündeten Regierungen vor. Vereinen sich diese nicht für unbedingte Annahme und für Uebertragung der Verpflichtungen, die sie an den Entwurf vom 28. Mai pr. knüpfen, auf die revidirte Verfassung, dann nimmt der Reichstag den Entwurf vom 28. Mai en bloc an. Herr v. Radowiz hat mehrfache Audienzen bei Sr. Majestät gehabt. Hier in allerhöchster Instanz darf auf ein strenges Festhalten an dem Erfurter Projekte gerechnet werden.

Eine in Berlin eingegangene russische Depesche über die deutsche Angelegenheit, welche gleichzeitig

auch nach Wien gerichtet worden, athmet einen sehr versöhnlichen Ton und fordert die beiden deutschen Großmächte zu rascher gegenseitiger Verständigung auf. Auch spricht sich rücksichtlich der Union das russ. Kabinet dahin aus, daß dieselbe ihm die Verträge von 1815 nicht zu verletzen scheine, leicht aber den Bestand des Bundes von 1815 alteriren könne.

Das Volkshaus in Erfurt hat unter seinen Mitgliedern 10 Militairs, 21 Professoren, 20 Minister, 33 Justizbeamte, 31 Verwaltungsbeamte, 14 Landräthe, 5 Geistliche, 3 Communalbeamte, 21 Partikuliers. Das Staatenhaus zählt 3 Militairs, 5 Professoren, 9 Minister, 9 Justizbeamte, 23 Verwaltungsbeamte, 1 Landrath, 2 Geistliche, 3 Communalbeamte, 9 Partikuliers.

Im Verfassungsausschusse des Volkshauses beantragte General von Radowiz am 1. April bei Revision der Verfassung das Recht des Krieges und Friedens für die Union noch über die Bestimmungen der Additional-Akte hinaus zu beschränken, dagegen das Recht des weiteren Bundes zu wahren. Wurde einstimmig verworfen.

In Stuttgart rechnet man auf baldige Ausgleichung des Zwistes mit Preußen.

Der Prozeß in der Angelegenheit des Todes der Gräfin Görlich und des dabei als eines Diebstahls verübten Angeklagten, Kammerdiener Stauff, wird in Darmstadt unausgesetzt fortgesetzt. Bis jetzt hat sich so viel ergeben, daß die Sachverständigen erklärten, die Gräfin habe weder durch Selbstverbrennung noch durch Einwirkung des Feuers ihren Tod gefunden. Die vorgefundenen Brandmale an ihrem Körper habe sie erst nach ihrem Tode durch Einwirkung von Feuer erhalten. Wie dies geschehen, ist noch nicht ermittelt. Der Diebstahl des Stauff hat sich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit herausgestellt; eben so wahrscheinlich ist die Ermordung der Gräfin durch die Hand eines Dritten, welcher dann bei den Möbeln im Zimmer Feuer anlegte, um sein Verbrechen durch einen allgemeinen Brand zu verdecken.

Der Staats-Anzeiger enthält die Allerhöchste Königl. Verordnung, betreffend die künftige Benennung der Artillerie-Brigade als Garde-, Erstes, Zweites etc. Artillerie-Regiment. Ferner die Verordnung über den von Hauptleuten und Rittmeistern 2. Klasse und Subalternoffizieren bei Nachsuchung von Heirathscensens zu führenden Vermögens-Nachweis. Endlich den Vertrag zwischen Sr. Maj. dem Könige von Preußen und Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin über den Anschluß der schwerinschen an die preussischen Truppen mit Annahme aller preussischen Reglements und des Militairwesens.

Am 6. fand im Schlosse Bellevue ein Minister-rath in Gegenwart Sr. Majestät des Königs statt, wobei wiederum die deutsche Angelegenheit vorzugsweise Gegenstand der Berathung war. Herr von Mantuffel wird Sonntag Abend nach Erfurt abreisen; die übrigen Minister-Abgeordneten wahrscheinlich gleichfalls.

Bei der Landwehr sollen von nun an Rekruten eben so wie bei der Linie ein- u. auspercirt werden.

Der Cultusminister hat die Oberpräsidenten des preuss. Staats angewiesen, diejenigen mit der katholisch. Priesterwürde bekleideten und mit der Seelsorge beauftragten Staatsbeamten, welche den Eid auf die Verfassung nur mit Vorbehalt der Rechte der

katholischen Kirche ableisten wollen, von ihrem Amte zu suspendiren.

Aus Berlin wird gemeldet, daß die preuss. Kammern schon im Juni zusammentreten sollen. In Berlin hat der constitutionelle Centralverein sich aufgelöst. Die demokratischen Vereine haben zum Theil ganz, zum Theil provisorisch ihre Auflösung ausgesprochen. Der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wurde unter Anderem auch der Bericht der Commission über den freien Schulunterricht, der in der Verfassung begründet ist, vorgelegt. Die Commission schätzte die Mehrkosten, welche durch Ausführung dieser Bestimmung der Stadt erwachsen würden, auf 60,000 Thlr.; ein Beschluß wurde hierüber noch nicht gefaßt.

Der Verfassungsausschuß des Staatenhauses hat ebenfalls die Berathung über die Verfassungs-Urkunde beendet. Derselbe führte im Allgemeinen sowohl in Betreff der Grundrechte, als auch in Betreff des politischen Theils der Verfassung wesentlich zu gleichen Resultaten, wie in dem Verfassungsausschuße des Volkshauses. Die Paragraphen, welche die Civilehe und die Fideikommiss betreffen, sollen fortfallen, und, nach einem gefaßten Beschlusse, soll die Reichsgesetzgebung berechtigt sein, leitende Anordnungen über die Wahlgesetzgebung zu den Volksvertretungen der einzelnen Staaten zu treffen.

Ueber einige von der preuss. Regierung gegen die Beschlüsse der Verfassungsausschüsse des Staaten- und Volkshauses beantragte Abänderungen in der Verfassung, welche bekanntlich nicht angenommen wurden, giebt die deutsche Reform folgende Erklärung: In Erfurt ist eine Krisis eingetreten, deren große Bedeutung nicht zu verkennen ist. Die Regierungen, in deren Namen die Herren von Radowitz und von Carlowitz in Erfurt das Wort führen, halten mit Entschiedenheit an dem engeren Bundesstaate fest, und die preuss. Regierung insbesondere ist nicht gesonnen, sich dem Verufe, welchen ihr die Geschichte und ihre Stellung in Deutschland gegeben hat, zu entziehen. Sie ist fest entschlossen, den engeren Verein mit denjenigen Staaten Deutschlands zu schließen, welche freiwillig bei ihr Kraft und die Stütze für ein nationales Leben suchen, sie

weiß, daß sie dies Deutschland und Preußen schuldig ist. Der engere Anschluß ist für die meisten der Staaten, welche bei demselben verharren, eben unterschiedenes Bedürfnis: sie bewegten sich schon bisher in der geistigen und politischen Sphäre Preußens und leben zum Theil von unserm nationalen Leben, für sie wird der engere Verband nur die definitive Vollziehung eines thatsächlichen schon vorhandenen Verhältnisses sein. Der engere Bundesstaat ist daher gerade in seiner jetzigen Gestaltung vorzugsweise eine Naturnothwendigkeit, und die preuß. Regierung, wie die verbündeten, sehen hierin eine sichere Gewähr für das Zustandekommen und für den Bestand desselben. Aber sie dürfen sich hierüber nicht verhehlen, daß dieser deutsche Bundesstaat nicht das ganze Deutschland ist und vorläufig nicht werden wird. Deshalb mußten die Regierungen, je mehr es sich herausstellt, daß der engere Bund nicht, wie man es erwartet, die Totalität der deutschen Staaten außer Oesterreich befassen würde, desto ernstlicher darauf bedacht sein, seine Constituirung möglichst mit den Erfordernissen des gleichfalls neu zu organisirenden weiteren Bundes in Einklang zu bringen. Dadurch werden manche Bestimmungen des Verfassungsentwurfs vom 26. Mai eine Aenderung erleiden müssen, und es scheint uns wohlgethan von Seiten der Kommissarien, daß sie diese nothwendige Rücksicht jetzt zur rechten Zeit geltend gemacht haben, ehe dem Parlament durch einseitige Beschlüsse ein Gehen auf dieselbe noch schwerer wird.

So weit die Ansichten der verschiedenen Fraktionen auch in diesem Augenblicke über die nächsten Hauptfragen noch auseinander gehen, so ist doch nicht anzunehmen, daß es zu einem schweren und nicht auszugleichenden Konflikt zwischen dem Parlament und den Regierungen kommen werde.

General v. Radowiz wird die bisherige Stellung bei der Bundes-Central-Commission in Frankfurt nicht ferner beibehalten. An die Stelle desselben ist General v. Peuker zum Vertreter Preußens ernannt.

Der russische Gesandte in Wien, v. Medem, soll den österreichischen Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg durch eine Note der russischen Regierung aufgefordert haben, daß die österreichische

Regierung in den norddeutschen Angelegenheiten gemeinschaftlich mit Rußland handle.

Die drohende Stellung Rußlands durch Anhäufung von Truppenmassen in Polen, soll zugleich gegen Preußen und die Türkei gerichtet sein.

Am Osterfest herrschte in Paris großes Leben in der Stadt. Die Boulevards waren von Spaziergängen überfüllt, und ein eben so großer Zudrang fand zu den Kirchen statt. Die öffentliche Stimmung ist eine gespannte, erwartungsvolle. Jedermann fühlt, daß irgend eine Veränderung bevorstehe und Niemand weiß sich von diesem Gefühl Rechenschaft abzulegen, zu bestimmen, welches die Schicksale der nächsten Tage sein werden. In einer Vorstadt von Paris ist der Präsident Louis Bonaparte von einem Volkshaufen insultirt worden.

Dem Vernehmen nach haben die Vorarbeiten zur Ausführung des neuen Ablösungsgesetzes in der Provinz Schlesien raschen Fortgang. Die Commission zur Festsetzung der Normalpreise sind zusammengetreten und haben ihre Geschäfte in verschiedenen Distrikten aller drei Regierungsbezirke bereits beendigt. In mehreren Kreisen hat eine glückliche Einigung sämmtlicher festzusetzenden Normalpreise stattgefunden, so daß es einer Entscheidung der Generalkommission gar nicht bedarf. Man hofft in jeder Woche die Festsetzung in 6 Kreisen und mithin das ganze schwierige Werk in 8 bis 10 Wochen zu vollenden.

Die Errichtung eines Staatsrathes scheint auf erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen. Wenn man nämlich auf der einen Seite die Errichtung desselben als einen Widerspruch mit der Verfassung bezeichnet, vindicirt man auf der andern Seite der Krone das Recht, sich mit Männern, deren Wahl aus persönlichem Vertrauen hervorgegangen ist, zu umgeben, um deren Rath vor den zu treffenden Entscheidungen zu hören. Wir unsererseits können den angenommenen Widerspruch nicht finden, schließen uns vielmehr der Ueberzeugung an, daß es dem Könige anbeimgestellt bleiben muß, den ihm von seinen Ministern ertheilten Rath einer gewissenhaften, allseitigen Prüfung unter Zubülfenahme erfahrener und intelligenter Männer zu unterwerfen, ehe er seine Entscheidung erfolgen läßt. Wir er-

blicken daher in dieser Errichtung weder eine Gefahr für unsere Verfassung, noch können wir auch überhaupt annehmen, daß der Widerspruch, zu welchem man aufzufordern versucht, so allgemeine Theilnahme, wie man meint, finden wird.

Im Handelsministerium beschäftigt man sich unausgesetzt sehr eifrig mit Postreformen.

Der Cultusminister hat eine Circularnote an alle Regierungen erlassen, um denselben als Norm ihres Verhaltens bei den Conflicten, in welche die katholische Geistlichkeit bereits auf mehrere Bestimmungen der Verfassung gerathen ist, zu dienen, so daß denselben hinsichtlich der bereits mehrfach hervorgetretenen Weigerung katholischer Geistlichen zur Zahlung der Klassensteuer, gemäß Artikel 101 der Verfassung, gegen Renitente ein sofortiges executives Einschreiten zur Pflicht gemacht wird.

Sicherem Vernehmen nach wird, wie die Reform berichtet, in den ersten Tagen des Juli in Cassel ein Zollvereins-Kongreß zusammentreten. Vorher schon werden Sachverständige sich zu einer Vorberathung versammeln, um die Maßregeln in Erwägung zu ziehen, welche dem besonders in Norddeutschland sich immer mehr geltend machenden Bedürfnis nach Reformen in den Zoll- und Handelsfachen abzuhelpen geeignet sind.

In Magdeburg ist, wie die dortige Zeitung schreibt, in den Festungswerken ein junger Mann bei dem Zeichnen und Aufnehmen der Festungswerke betroffen und verhaftet worden. Dem allgemein verbreiteten Gerüchte zu Folge hat sich der Fremde durch seine Papiere als ein Herzog von Württemberg, Wilhelm Nicolaus (geb. den 20. Juli 1828), zweiter Sohn des Herzogs Eugen und der Prinzessin von Hohenlohe-Langenburg, und zugleich als Offizier in österreichischen Diensten ausgewiesen. Bei Durchsichtung seiner Papiere soll sich auch unter mehreren Plänen desgl. der von Ehrenbreitenstein gefunden haben. Bestätigte sich das Gerücht, so gäbe dieser Besuch unserer Festungen von Seiten eines österreichischen Offiziers zu mancherlei Vermuthungen Veranlassung.

In Hanau haben seit dem 9. d. Mts. die Schwurgerichtsverhandlungen über die Ermordung

der beiden Parlamentsmitglieder General v. Auerswald und Fürst Lichnowsky begonnen.

Die Schleswig-Holsteinschen Angelegenheiten betreffend, so wird aus Kiel am 9. d. eine wichtige Nachricht mitgetheilt, daß der General v. Bonin seinen Abschied als kommandirender General der schleswig-holsteinschen Truppen erhalten und dagegen der bisherige kgl. preuß. Generalmajor v. Willisen (bekannt als preuß. Commissar in Posen) das Commando übernommen hat. General v. Willisen, welcher nicht mehr im activen Dienste Preußens steht, also seine Kräfte unserer Sache ohne äußere Behinderung widmen kann, ist bereits am 8. d. in Kiel eingetroffen.

Daß übrigens auf Alsen bedeutende Truppenmassen zusammengezogen sind, ist außer Zweifel.

Großes Aufsehen macht, wie man aus Wien am 11. d. schreibt, die Reise des in der Armee hochgeachteten F. J. M. und Chefs des Generalstabes Baron Heß zur Besichtigung des Armeekorps längst der schlesisch-böhmischen Grenze. Ein Schreiben aus Troppau spricht die Befürchtung aus, die Russen werden neuerdings zu Gunsten der österreichisch-deutschen Sache einmarschiren, und man ist besorgt, sie werden in Troppau das Standquartier nehmen.

Der Papst geht zunächst nicht nach Rom, sondern nach Bologna.

Provinzielles.

Die Intendantur des 6. Armeekorps veröffentlicht eine Uebersicht der Mittel, welche im verfloffenen Jahre zur Unterhaltung desselben aus dem Militair-Stat bewilligt worden, und zeigt zugleich, in welchem Umfange diese Mittel der Provinz Schlesien unmittelbar wieder zu Gute gekommen sind. Sonach haben

- 1) die Tuchmachergewerke verschiedener Städte (darunter Liegnitz, Goldberg, Haynau, Bunzlau und Löwenberg) für geliefertes Militairtuch erhalten 322,901 Thlr.,
- 2) schlesische Weber und einzelne Fabrikanten für verschiedene leinene und wollene Gegenstände 33,072 Thlr. 12 Sgr. 7 Pf.,

- 3) verschiedene Producenten für Lieferung von Naturalien (Roggen, Hafer, Stroh u. s. w.) 469,710 Thlr. Außerdem haben die Communen in den Regierungsbezirken Breslau und Oppeln für Verpflegung des Militairs und gestellte Transportmittel erhalten 74,710 Thlr.
- 4) Den bequartirt gewesenen Communen der gedachten beiden Regierungsbezirke ist die Summe von 133,843 Thlr. 16 Sgr. 11 Pf. gezahlt worden.
- 5) Die Krankenpflege hat gekostet 60,882 Thlr.
- 6) Für Handarbeiten sind incl. der gelieferten Naturalien ausgegeben worden 200,016 Thlr. und endlich hat
- 7) das Tagelohn für Magazin- u. Local-Arbeiten die Summe von 12,012 Thlr. gekostet. — Die aufgezeichneten 7 Posten ergeben eine Gesamtsumme von 1,307,162 Thlr. 29 Sgr. 6 Pf. — Gehälter und Löhnung des Militairs, ferner die Beträge, welche die Truppen selbst verwalteten, und theils für Materialien oder an Arbeitslohn verausgabten, die fortificatorischen Bauten und die auf das Artilleriewesen Bezug habenden besondern Ausgaben sind in der vorstehenden Summe nicht mit einbegriffen.

Zustände in Frankreich.

Ein geistreicher Zeitungs-Artikel schilderte kürzlich die Zustände in Frankreich auf treffende Weise wie folgt:

Frankreichs Gegenwart ist wahrhaft trostlos: bei allen andern Völkern, über welche das Unheil der Revolution hereingebrochen ist, blieb irgend ein Mittelpunkt, eine Autorität bestehen, welche zum Rettungsanker für die Gesellschaft wurde, — dort dagegen gibt es weder eine Idee, noch eine Thatsache von solcher unmittelbarer Bedeutung und Macht, daß die Hoffnung und das Vertrauen sich daran anlehnen könnten. Nirgends ist ein Keim zu einer heilbringenden Neugestaltung der zerrütteten Institutionen, zum Wiederaufblühen eines gesunden, hoffnungsvollen Gemeinlebens zu erkennen: kein Prinzip, an welches man glaubt, kein politischer Gedanke, mit welchem man die Situationen zu beherrschen im Stande wäre. Es gibt in den

ganzen politischen Bestrebungen Frankreichs nichts Positives, — das öffentliche Gefühl ist durchweg negativ: Alles ist durchdrungen von dem Widerwillen gegen das Bestehende und von dem Streben zu dessen Vernichtung.

Der gegenwärtige Zustand hat keine Partei für sich, von den höchsten Bänken der Bergpartei bis zum gemäßigtesten der Republikaner ist keiner, der an der jetzigen Verfassung aus Ueberzeugung festhielte; von den eifrigsten Legitimisten bis zu den resignirtesten Constitutionellen ist keiner, der an die Lebensfähigkeit der Republik recht glaubte. Es gibt keine Partei der Gegenwart, es gibt nur Parteien der Zukunft in Frankreich: sei es für eine monarchische Restauration in irgend einem Sinne, sei es für einen neuen gewaltigeren Umsturz oder für die wahrhafte Begründung einer constitutionell-republikanischen Entwicklung. Aber diese Parteien sind auch für die Zukunft ohne Vertrauen; sie rechnen nur insoweit mit Zuversicht auf eine nähere Zukunft, als ihr Geist mehr von Leidenschaft erfüllt, als von ernster stiller Ueberlegung bewegt wird. Alle Hoffnung und alles Wirken für die Zukunft werden durch den Blick auf eine Gegenwart gelähmt, welche alles Denken, alle Klugheit für sich allein in Anspruch nimmt, welche gebieterisch fordert, daß man im Angesichte unmittelbar drohender Gefahren das Entferntere jetzt auf sich beruhen lasse, daß man vor Allem die Gesellschaft zu erhalten suche, ehe man sich über die Form entscheidet, in welcher sie als Staat leben soll. Es kann da kein Platz für die Zukunft verfolgt werden, wo jede Berechnung an den Ereignissen des nächsten Tages scheitern kann. Die Thatsachen allein herrschen, weil jedes Prinzip, weil aller Glaube in dem langgenährten Indifferentismus aller Klassen untergegangen war, und weil der allmählig unter den Lehren der trüben Ereignisse wieder erwachende Glaube lange Zeit brauchen wird, um so weit erstarkt zu sein, daß er die Thatsachen beherrsche.

Frankreich ist unter solchen Umständen den Handstreich der Kühnsten anheimgegeben, der Willkür von oben oder von unten. Es wird die Gewalt von oben ertragen müssen und ihr vielleicht willfährig entgegenkommen, weil dabei zunächst

wenigstens die Gesellschaft erhalten werden kann, während bei einem Conflict mit der bestehenden Gewalt Alles unmittelbar in Frage gestellt würde. Die Parteien der Zukunft versuchen zwar immer von Neuem, das moralische Ansehen der jetzigen Regierung in einzelnen Fragen zu schwächen, wie z. B. aus dem Resultate der neuesten Wahlen hervorgeht, aber wie einem solchen Streich eine faktische Erschütterung zu folgen droht, geben sie ihre Sonderstellung auf, indem die Erkenntniß der offenbaren gemeinsamen Gefahren, welche von unten drohen, ihnen die Nothwendigkeit zum Bewußtsein führt, gemeinsam für die Gesellschaft einzustehen und zu diesem Zwecke vorzüglich die Regierung zu kräftigen, welche augenblicklich die Gesellschaft zu repräsentiren berufen ist.

So ist das Frankreich, welches die Februarrevolution gemacht hat: kaum, daß es sich noch als Nation fühlt, ein Bewußtsein, welches sonst auch in den heftigsten Krisen und bei der größten inneren Zerrüttung den Franzosen nimmer verloren ging. Frankreich möge uns eine Warnung sein, nicht bloß vor der Revolution als Thatsache, sondern vorzüglich vor dem Geiste der Verneinung und des sittlichen Indifferentismus, welcher solche Katastrophen allein möglich und besonders so verhängnißvoll macht.

Miscellen.

(Tilsit.) Ein Bauer aus der Gegend von Wischtiten fuhr dieser Tage mit seiner Frau und einem Knechte nach der Kirche zu Wischtiten, um dort ein Kind taufen zu lassen. Als derselbe nach verrichteter Taufe nach Hause fuhr, überfiel ihn unterwegs ein so heftiges Schneetreiben, daß er den Weg verlor. Der Kutscher hielt daher an, übergab die Leine seinem Herrn, und verließ das Fuhrwerk, um den Weg zu suchen; aber er blieb so lange Zeit aus, daß der Bauer am Ende ungeduldig wurde und selbst zu suchen ging, nachdem er die Leine seiner Frau übergeben. Aber auch dieser blieben die beiden Männer zu lang aus. Sie wickelte das Kind in die Decken und Pelze ein, legte dasselbe vorsichtig in den Schlitten, befestigte die Leine an

demselben und ging dann in der Richtung fort, welche ihr Mann genommen hatte. Auch sie kehrte nicht wieder. Am frühen Morgen des andern Tages hörte das Gesinde des Bauern ein Kind vor der Thüre schreien, und da man dieselbe öffnete, fand man die Pferde mit dem Schlitten allein nach Hause zurückgekehrt und das Kind wohlbehalten im Schlitten liegen. Natürlich machte man sich sogleich auf, um die Verlorenen zu suchen, fand aber die beiden Männer im Schnee schon todt, die Frau dagegen nur bis an den Hals in denselben versunken. Man brachte sie noch lebend nach Hause, jedoch starb sie zwei Tage darauf an den Folgen dieses Unfalls. Die Unglückliche hatte vergebens mit der größten Anstrengung aus dem Schnee herauszukommen gesucht, und sich dabei Kopf- und Halsbedeckung abgerissen. Das Kind war gesund und frisch, und nur durch den Instinkt der Pferde erhalten.

Ein Schottländer in Ostindien, ein alter Hagestolz, vermachte sein Vermögen von 70,000 Thlr. seiner Vaterstadt Dumfries und bestimmte, daß die Zinsen jährl. in 5 Theile getheilt werden sollten. Ein Fünftel soll die schlankste, eins die kleinste, eins die jüngste und eins die älteste Frau, die sich im Jahre verheirathet hat, und das letzte Fünftel sollen die Stadt-Armen zu einem fröhlichen Tage erhalten. — Der lustige Mann konnte seinen Tod kaum erwarten vor Ungeduld, wie die guten Dumfriesinnen über sein Testament lachen würden.

Kirchen-Nachrichten.

A. In der Kreuzkirche:

Sonntag, den 21. April 1850.

Amts-Predigt: Herr Katechet Schmidt.

Nachmittags-Predigt: Herr Diac. Bornmann.

Amts-Weche: Herr Archidiacon. Jüngling.

B. In der Frauenkirche.

Amts-Predigt: Herr Archidiacon. Jüngling.

Für die Bertelsdorfer Kirchengemeinde predigt Herr Katechet Schmidt.

C. In der Waisenhauskirche:

Dienstag, den 23. April, Nachmittags um 5 Uhr,

Andachtsstunde: Herr Diac. Bornmann.

Geboren.

Den 25. März dem B. u. Schneidernstr. Joh. Eduard Göbel, ein Sohn, Franz Oswald Paul. — Den 27. dem B. u. Schlossernstr. Louis Schlägel, eine Tochter, Laura. — Den 4. April dem Tischlernstr. Karl Gustav Moritz Kofche, eine Tochter, Emilie Pauline. — Den 9. dem Häusler Karl Ernst Vogt in Nieder-Kerzdorf, ein Sohn, Ernst Gustav.

Getraut.

Den 9. April der Bürg. u. Fleischernstr. Louis Thiels, mit Johanne Rosine Haupt. — Den 15. der Inwohner u. Nagelschmidt Wilhelm Moritz Gerstmann, mit Louise

Emilie Weinert. — Den 16. der B. u. Niemer Johann Ferdinand Lange, mit Jgfr. Auguste Emilie Härtelt.

Gestorben.

Den 9. April gebar einen todten Zwillingssohn des Häuslers Ernst Wilhelm Vogt in Nieder-Kerzdorf, Ehefrau, Marie Henriette, geb. Baldeweg. — Den 10. des Häuslers Karl August Wunsch in Nieder-Kerzdorf, Sohn, Karl August, alt 2 M. 11 T. — Den 14. des B. u. Schneiders Otto Donat, Tochter, Florentine Auguste, alt 10 M. 14 T. — Dens. der Bürg. und Bürstenmacher Gottfried Eschirner, alt 61 J. 10 M. 20 T. — Den 16. des B. u. Kanzlei-Assistenten August Heinrich Schiller, Sohn, Heinrich Paul, alt 2 M.

Bitte um Hilfe!

Es giebt keinen Ort in der hiesigen Provinz, welcher so oftmals und so hart heimgesucht ist, als **Wentzen**. Fast Jahr für Jahr fanden hier Brände statt, so daß die größte Verarmung eingerissen ist. Es hielt schwer, die Verzweifelden aufzurichten und zu ermuntern. Im letzten großen Brande, im Jahre 1845, sanken 59 Gebäude in Asche. Die Meisten vermochten nichts weiter zu retten, als das nackte Leben. Jetzt nun, in der Nacht vom 12. März c., gerade in der Stunde, als Alle im tiefsten Schlafe versunken waren, hat die Hand Gottes den noch übrigen Theil unserer Stadt unter dem heftigsten Sturme erfaßt und in einer Stunde lagen 45 Gebäude darnieder. Das Gotteshaus unserer katholischen Gemeinde ist jetzt ohne Glocken, ohne Thürme und äußerlich wie innerlich so zerstört, daß nicht daran zu denken ist, darin Gott um Trost und Muth in so harter Trübsal anzusehen. Alle, Alle, Evangelische, Katholiken und Juden trauern tief und sehen mit Entsetzen der Zukunft entgegen. —

Brüder, rettet! helft! Wir wissen, daß Eure Hilfe oft angerufen ward, aber die Liebe ermüdet nicht, sie hilft, wo und wie sie kann. Darum gebet, und wenn es auch noch so wenig wäre, Gott giebt wieder. Zögert nicht, Gott hat den willigen Geber lieb! Helft bald, die Noth ist groß!

Wentzen, im Großherzogthum Posen, den 13. März 1850.

Das Comité zur Unterstützung der Abgebrannten.

Scholtz, Kreissecretair. Gegenwärtiger Verweser des Landrathamtes. Lewecke, evang. Pfarrer. Pietraszewski, Propst. Junke, Missionarius u. Vicar. Rochlitz, Königl. Districts-Commissarius. v. Levesow, Steuer-Einnehmer. Aron Pulvermacher, Rabbiner. Ambrosius, Bürgermeister. K. Kärger, Holzhändler. Ed. Warminski, Ackerbürger. Felix Niedbal, Kirchenvorsteher. Grazynski, Kirchenvorsteher. Ignaz Niedbal, Fleischermeister. H. Männel, Färbermeister. Schulz jun., Bäckermeister.

In Verfolg Antrages oben genannten Comité's bitte ich eben so dringend als ergebenst, eine Sammlung für die Verunglückten gewogenlichst veranstalten, die Beiträge aber nach Belieben mir oder dem Comité zugehen zu lassen.

Weseritz, im Großherzogthum Posen, den 15. März 1850.

Königlicher Landrath Weseritzer Kreises.

J. B. Scholtz, Kreis-Secretair.

Indem wir vorstehende **Bitte um Hilfe** zur öffentlichen Kenntniß bringen, werden die geehrten Bewohner der Stadt und Umgegend, welche gesonnen sind, die Unglücklichen durch wohlthätige Spenden zu unterstützen, hierdurch ersucht, dieselben recht bald an die Redaction dieses Blattes zur Weiterbeförderung einzureichen.

Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gericht. Erste Abtheilung zu Lauban.

Die Heidrichsche Kleingärtnerstelle No. 13 zu Wünschendorf, abgeschätzt auf 1100 Rthlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserm III. Bureau einzusehenden Taxe, soll

am 30. Juli c., Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Lauban, den 1. April 1850.

Bei dem Rechts-Anwalt **Weinert** stehen zum Verkauf:

- 1) eine viersitzige Fensterchaise mit Borderverdeck, zum Abnehmen,
- 2) eine dergleichen zweisitzige,
- 3) ein zweispänniges Kutschengeschirr mit Kumten, Säumen, neusilbernen Stirnbändern und Schlüsseln,
- 4) ein dergl. mit dergl. und messingnen Schlüsseln,
- 5) ein dergl. Ackergeschirr,
- 6) ein Satz Eggen.

Geld- und Fonds-Course

vom 15. April 1850.

Holl. u. Kaiserl. Rand-Ducaten 96½ Gld.
 Friedrichsd'or 113½ Br.
 Louisd'or 112¾ Br.
 Poln. Courant 96 Gld.
 Oesterreichische Banknoten 87½ Br.

Freiwillige Staats-Anleihe 5½ 106¼ Br.
 Staats-Schuld-Scheine pr. 1000 Rthlr. 86¾ Br.
 Gr.-Herz.-Posener Pfandbriefe 4½ 101 Br.
 dito dito neue dito 3½ 90½ Br.
 Schles. Pfandbr. à 1000 Rthlr. 3½ 95½ Br.
 dito Litt. B. à 1000 Rthlr. 4½ 99½ Br.
 dito à 1000 Rthlr. 3½ 92¾ Br.
 Neue poln. dto. 95¾ Br.

Laubaner Getreide- und Victualien-Preise

vom 10. April 1850:

Der Scheffel	Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
	Fl.	Sgr.	oß.	Fl.	Sgr.	oß.	Fl.	Sgr.	oß.	Fl.	Sgr.	oß.
Höchster	2	2	6	1	1	3	—	25	—	—	20	—
Niedrigster	1	25	—	—	27	6	—	21	3	—	18	9
Heu (durchschnittlich) à Centn.	13 Sgr. 9 Pf.						Schopsienfleisch à Pfund			2 Sgr. 6 Pf.		
Stroh (desgl.) à Schock	3 Thlr. 25 . . .						Kalbfleisch			1 . 3 .		
Rindfleisch à Pfund	2						Bier à Quart			— = 10 .		
Schweinfleisch	2 . 9						Einfacher Korn à Quart 2 Sgr.			Doppelter 5 Sgr.		

Semmelwoche: Herr Schirach auf der Brüder-Gasse und Hr. Schirach auf der Nikolai-Gasse.
 Garküche: Herr Kenschner auf der Brüder-Gasse.

Redaction, Druck und Verlag von den Gebr. Scharf in Lauban.